

scheint erheblich schwieriger geworden zu sein. Man fühlt sich dort — ob zu Recht oder zu Unrecht — ein wenig voraus, was den konkreten Standort der Katechese betrifft. Dabei fehlen allerdings nicht die Sorgen. Bei aller Notwendigkeit des gewagten Standortes, mit der radikalen Ernstnahme der geschichtlich-sozialen Herausforderungen, läßt sich jedoch die große Gefahr des Verlustes eines explizit christlichen Inhaltes kaum verschweigen. Diese Gefahr brennt übrigens den führenden Katechetikern Lateinamerikas im Bewußtsein. Sie wissen um diese Gefahr. Spricht man mit ihnen, äußern sie sich darüber geradezu

hilfeheischend. Diese Hilfe kann jedoch nur von jenen geleistet werden, die sich in die Situation einfühlen und den methodologischen Vorsprung mitvollziehen. Eine Dogmatik, die nicht über rein theoretische Gefechte hinwegkommt, eine Exegese, die nichts zur Hermeneutik des Wortes Gottes in den dortigen sozialen Verflechtungen zu sagen weiß, eine Katechetik, die sich vom Hintergrund des etablierten schulischen Religionsunterrichts nicht loschält, eine Pastoraltheologie, die kirchlich introvertiert bleibt, sind wahrscheinlich nicht imstande, die verlangte Hilfe zu leisten.

Kurzinformationen

Die erste Arbeitssitzung der **Diözesansynode des Bistums Meißen** fand vom 13. bis 15. Juni 1969 in der Dresdener Kathedrale statt. Schon vor dem Konzil hatte die Meißener Erzpriesterkonferenz (14. 5. 69) die Abhaltung einer Diözesansynode vorgeschlagen, und Bischof Spülbeck kündigte sie Ende August 1965 sowie im Hirtenbrief vom 30. Januar 1966 an. Bis Oktober desselben Jahres trafen über 1000 Einzelanträge zur Synode aus allen Kreisen des Bistums ein, die in 16 Fachkommissionen bearbeitet wurden (vgl. „Tag des Herrn“, Leipzig, 14. 6. 69, S. 92 ff.). Eine Koordinierungskommission, die seit April 1968 besteht, hatte die Erarbeitung eines „General-schemas über das Volk Gottes im Bistum Meißen“ vorgeschlagen. Im Oktober desselben Jahres konnte der von einer gemischten Kommission verfaßte erste Entwurf des General-schemas vorgelegt werden. Klerus, Pfarrgemeinde- und Dekanatsräte haben diese Vorlage durchdiskutiert und stimmen ihr in der Mehrheit zu. Allerdings mußten noch mehr als 850 einzelne Änderungswünsche eingearbeitet werden, bis der endgültige, jetzt der Synode vorgelegte Text am 5. Mai d. Js. verabschiedet und den Synodalen übergeben werden konnte. Zwei weitere Entwürfe der Fachkommission „Bau und Kunst“ und „Technische Durchführungsfragen für Bauangelegenheiten“ wurden zusammen mit den Satzungsvorschlägen für die Räte ebenfalls der Synode vorgelegt. Bischof Spülbeck hatte den Domdekan von Bautzen, Dr. Bulang, zum 1. Präsidenten der Synode ernannt und schlug drei weitere Präsidiumsmitglieder vor, die vom Plenum zu bestätigen waren. Die Synode setzt sich aus etwa 150 Mitgliedern zusammen (davon sind 80 Priester, 60 Laien und 9 Ordensschwwestern). Eine Gruppe der Synodalen wurde von den Priesterkonferenzen und Dekanatsräten gewählt, die zweite besteht aus Vertretern der Diözese (Erzpriester, Pröpste, Ordensobere, Domkapitulare, Ordinariats-, Offizialats- und Bischöfliche Räte), die dritte Gruppe, die Priester und Laien umfaßt (Vorsitzende der Fachkommissionen, Vertreter der Diözesancaritas, Seelsorgehelferinnen, Studenten- und Jugendvertreter), wurde vom Bischof berufen. Das Generalschema gliedert sich in fünf Kapitel (mit insgesamt 44 Abschnitten): 1. Das Volk Gottes, 2. Brüderlichkeit und Mitverantwortung, 3. Freiheit und Autorität, 4. Die Ordnungen der Kirche, 5. Mitarbeiter Gottes. In den Vorlagen wird ausdrücklich berücksichtigt, daß im Bistum Meißen auch sorbische Volksgruppen leben. Die Beschlüsse der Synode, die der Zweidrittelmehrheit bedürfen, gelten kirchenrechtlich als Empfehlungen, die erst durch bischöflichen Erlaß rechtsverbindlich werden.

In einer Pressekonferenz vom 6. Juni 1969 gab der Vorsitzende der **„Bewegung für Papst und Kirche“**, Prof. W. Hoeres, in Frankfurt die Ziele dieses am 23. 2. 69 gegründeten Kreises an. Die Bewegung, bei der es sich um „einen losen Zusammenschluß katholischer Priester und Laien aus Deutschland, Österreich und der Schweiz — ähnlich der evangelischen Bekenntnisbewegung ‚Kein anderes Evangelium‘ — handelt“, möchte „den Bischöfen Deutschlands und dem Heiligen Vater“ den Dialog anbieten. Das der Presse übergebene „Manifest“ wendet sich an „alle

Katholiken“ und weist in seiner recht feierlichen Einleitung auf die „kirchen- und weltgeschichtliche Stunde“ hin, die „der Krisis“, wenn nicht „der Katastrophe“ zutriebe. In seinen drei Hauptteilen enthält das „Manifest“ Erklärungen, wie das Bekenntnis zu „den Verlautbarungen des Zweiten Vatikanischen Konzils“, zum I. Vaticanum „und zum Tridentinum“ sowie zu „allen Konzilien und definitiven Entscheidungen des kirchlichen Lehramts und darüber hinaus zur ganzen zweitausendjährigen Tradition der Kirche“, zum „Gehorsam zum Statthalter Christi auf Erden“ und zur Annahme der päpstlichen Enzykliken, „wie es Pius XII. in der Enzyklika ‚Humani generis‘ dargelegt hat“. Der zweite Manifestteil lehnt ab: Alle in den beiden Enzykliken „Humani generis“ und „Ecclesiam suam“ gekennzeichneten Irrtümer, „jede sinnverändernde Neuformulierung der Dogmen“, die „sog. Neuinterpretation des Glaubens“, die einer „Umdeutung“ gleichkomme, die „lieblose und zerstörerische Kritik“ an der Kirche und ihren Traditionen, den „falsch-verstandenen Dialog“, der ohne jeden festen Standpunkt alles und jedes in Frage stelle, das „falsch verstandene Aggiornamento“, eine „Demokratisierung der Kirche“, die deren hierarchische Verfassung antaste und damit „zur Vernichtung der Kirche“ führe... Schließlich wird erwartet, daß „das apostolische Lehramt mit Freimut ausgeübt“ werde, daß die Kirche ihre „richterliche Vollmacht“ gebrauche und „ausschließt, was nicht mehr zu ihr gehört“. Ferner solle das „willkürliche Experimentieren“, besonders auf liturgischem Gebiet, aufhören. Die kirchliche Publizistik solle „allseitig gerecht“ berichten und nicht „einseitig der Neuerungssucht“ das Wort reden; endlich soll „ernst gemacht“ werden — „besonders an den Stätten der Priesterausbildung — mit jener Erneuerung, die nicht so sehr aus der Änderung der äußeren Gesetze als vielmehr der inneren Haltung des Gehorsams gegenüber Christus, in der Haltung der Heiligen und der Magd des Herrn besteht“. — Es sollen bereits 19 000 Unterschriften dieses Manifests vorliegen (u. a. Minister a. D. A. Hundhammer, Prof. Lakebrink, Sigismund v. Radecki, Prof. R. Seewald, Dr. v. Hildebrandt, Prof. Frhr. von der Heydte, Ministerpräsident a. D. Altmeier). Man will weitere Unterschriften sammeln und in Vorträgen, Rundschreiben und gemeinsamen Willenskundgebungen zur Verbreitung der Thesen beitragen.

Die **außerordentliche Vollversammlung der französischen Bischofskonferenz** vom 26. bis 29. Mai 1969 in Issy-les-Moulineaux lief in zwei getrennten Tagungen ab: 1. in einer gemeinsamen Sitzung der Bischöfe mit Priesterdelegierten; 2. in der eigentlichen Konferenz mit dem Schwerpunktthema Schule und Universitäten. Zur ersten gemeinsamen Sitzung (26./27. 5. 69) versammelten sich 121 Bischöfe und 101 Priester als Delegierte der Diözesen sowie sechs höhere Ordensobere, um aufgrund der provisorischen Auswertung einer vorausgehenden Befragung von Priestern, Ordensfrauen, Seminaristen und Laien die gegenwärtige Situation des französischen Klerus zu diskutieren („La Croix“, 29. 5. 69). Die Auswertung ließ gewisse Konvergenzen in den Forderungen der Befragten erkennen: diese be-

trafen die Notwendigkeit einer realistischen Konzeption der Pastoral, ein konzertiertes Pastoralprogramm auf diözesaner Ebene, eine Reform der Sakramentenspendung, eine Klärung der Funktion der Autorität in der Kirche, eine Standortbestimmung der Priestergruppen, die Überprüfung des Sozialstatus des Priesters, eine effektive Reform der kirchlichen Verwaltung und eine rationellere Verteilung des Klerus. Weiter ergab sich aus der Umfrage die Bedeutung der theologischen Weiterbildung sowie ein gewandeltes Verständnis von Spiritualität und Leben. Gemäß diesen Konvergenzen sonderten elf Arbeitskreise, die jeweils von einem Bischof und Priester gemeinsam geleitet wurden, Fragen von nationalem Belang aus. Als Resultat wurden konkrete Vorschläge nach Art eines Stufenplanes der Vollversammlung (mit der Möglichkeit, Verbesserungen anzubringen) zur Abstimmung vorgelegt: 1. Was ohne große (kanonische und andere) Schwierigkeiten *sofort* in Angriff genommen werden kann (z. B. Einsetzung einer Finanzkommission in jeder Diözese); 2. schwierigere und *zeitraubendere Probleme* (z. B. Einführung verschiedener Typen von Priestern); 3. Fragen, die erst nach *eingehenden theologischen Untersuchungen* geklärt werden können (z. B. theologische Abgrenzung von Amts- und allgemeinem Priestertum). Bischöfe und Priesterdelegierte bestimmten auch zusammen die Prioritäten der künftigen Arbeit: 1. das Studium der Probleme, die sich auf die Sendung der Kirche in und für die Welt beziehen (z. B. Zuordnung von Verkündigung und Kult); 2. Ausarbeitung eines Pastoralprogrammes in jeder Diözese; 3. Strukturprobleme (z. B. Seelsorge nach dem Territorialprinzip oder nach soziologischen bzw. „kategorialen“ Gegebenheiten). Einige Hoffnungen auf eine Institutionalisierung dieses ersten Versuches eines Dialogs auf nationaler Ebene wurden geweckt durch die Wahl eines neuen, zunächst noch informellen ständigen nationalen Gremiums von Bischöfen und Priestern („*équipe nationale de continuité*“), das sich aus 15 Bischöfen und Priesterdelegierten der neun apostolischen Regionen zusammensetzt. Dieses Gremium soll den jeweiligen Stand der programmierten Arbeit überprüfen und für die nächste Zusammenkunft von Priestern und Bischöfen im November dieses Jahres die Prioritäten festlegen. Während des zweiten Abschnittes, der eigentlichen Vollversammlung der Bischofskonferenz, diskutierte man das vorläufige Programm der Bischofssynode im Oktober dieses Jahres in Rom und nahm, wohl im Hinblick darauf, eine Anpassung der Statuten an die der anderen nationalen Episkopate vor. Der Präsident wird nunmehr von der Vollversammlung selbst und nicht — wie bisher — nur von den Kardinälen unter den Bischöfen gewählt (HK 22, 557). Seine Funktionen wurden gegenüber denen seines Stellvertreters so abgegrenzt, daß ihm der Vorsitz der Konferenz und die Pflege der Beziehungen nach außen zusteht, während sein Stellvertreter die Geschäfte der Vollversammlung führen, die Zusammenkünfte des Ständigen Rates der Bischofskonferenzen leiten und für die Abstimmung mit dem Generalsekretariat sorgen soll. Zum neuen Präsidenten wählte die Vollversammlung den Erzbischof von Paris und bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, *F. Marty. M. Vial*, Bischof von Nantes, wurde stellvertretender Vorsitzender und Weihbischof *R. Etchegaray* wurde für weitere drei Jahre in seinem Amt als Generalsekretär der französischen Bischofskonferenz bestätigt.

Die mit einiger Spannung erwartete **holländische Priester-Enquête**, die auf eine Initiative der holländischen Bischöfe (vom Januar 1967) zurückgeht und die ein Jahr danach vom Pastoralinstitut der niederländischen Kirche (P. I. N. K.) beim „*Instituut voor Toegepaste Sociologie*“ (I. T. S.) in Nijmegen in Auftrag gegeben worden war, liegt nun vor. (Veröffentlicht in der Reihe „*De Kerk van morgen*“, Nr. 6: „*Amtscolibaat in een veranderende kerk. Resultaten van een onderzoek onder alle priesters, diakens en subdiakens in Nederland*“; Amersfoort 1969. — Eine kurze Zusammenfassung erschien unter dem Titel: „*Priestercolibaat: een probleem van de kerk. Samenvatting van empirisch onderzoek in Nederland*“, Nr. 6 A der Reihe „*De kerk van morgen*“. Zu erhalten über: Katholiek

Archief, Kon. Wilhelminalaan 17, Amersfoort.) Der Fragebogen enthielt 39 meist noch weiter unterteilte Fragen und wurde an insgesamt 8879 Welt- und Ordenspriester sowie Diakone, Subdiakone und Theologiestudenten verschickt. Die Antwortquote war mit 83 % (bei 1 % an unbrauchbaren Rücksendungen) sehr hoch. Vier Hauptfragekomplexe zum Thema Zölibat wurden vorgelegt: 1. Meinungen hinsichtlich der Beibehaltung der Verpflichtung zum Amtszölibat bzw. der Entflechtung von Priesteramt und Zölibat; 2. Haltung gegenüber dem Amtszölibat im allgemeinen; 3. persönliche Einschätzung, d. h. die Bedeutung des Amtszölibats für das eigene Priesterleben; 4. eine Reihe von Fragen, welche die vorherigen Aussagen detaillieren sollten. Eine Theologenkommission der auch *E. Schillebeeckx*, dem die Endredaktion oblag, angehörte, war an der Auswertung der Ergebnisse beteiligt. Die Mehrheit der Befragten nimmt keinen „*radikalen Standpunkt*“ ein (vgl. *Katholiek Archief*, 30. 5. 69 — 6. 6. 69, S. 550). Eine uneingeschränkte Aufhebung der Zölibatsverpflichtung für alle Kleriker fordern 21 %, für die bedingungslose Beibehaltung des Amtszölibats sprachen sich nur 5 % der Befragten aus. Weitere Punkte der Befragung hatten die Einschätzung des eigenen priesterlichen Wirkens, die Wohnverhältnisse, das Selbstverständnis des Priesters in der Kirche und Glaubensschwierigkeiten zum Gegenstand. Ferner gibt die Enquête auch wertvolle Aufschlüsse über den Zusammenhang zwischen einzelnen Fragekomplexen (z. B. Glaubensschwierigkeiten und Einschätzung des Zölibats) sowie über die Haltung einzelner Gruppen, wie etwa die des höheren Klerus, der Ordensleute, der Priester im Ruhestand usw., im Hinblick auf die Gesamtheit der Befragten.

In den **ökumenischen Bestrebungen in Schottland wie auch in Holland** sind bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden. Zwar war es noch am 20. 5. 69 von seiten protestantischer Extremisten zu lauten Protesten gegen die Teilnahme eines offiziellen katholischen Beobachters bei der Nationalkonferenz der Kirche von Schottland in Edinburgh gekommen (die durch eine offizielle Stellungnahme der „*Church of Scotland*“ — im Beisein von Königin Elisabeth II. — zurückgewiesen wurden), doch hat sich bald darauf eine protestantisch-katholische Studienkommission als Ergebnis ihrer im Oktober 1968 begonnenen Beratungen für einen gemeinsamen Taufritus ausgesprochen. Die ersten Theologischen Gespräche zwischen den Kirchen, die durch insgesamt 24 Kleriker und Laien repräsentiert waren, hatten „*die Taufe und ihren Platz innerhalb der Kirche*“ zum Thema. „Über den Sinn und die Bedeutung der Taufe waren sich die Teilnehmer völlig einig“, erklärte der Provost der St. Pauls Episcopal Cathedral von Dundee, P. J. Quinn SJ, Konsultor des römischen Einheitssekretariats für Schottland, sah den Sinn der Kommissionsarbeit darin, daß hier eine bedeutende Vorarbeit im Hinblick auf ein besseres Einvernehmen der Christen in Schottland geleistet worden sei; denn „*die Hoffnung auf eine christliche Erneuerung in Schottland scheint in einem erneuerten Verständnis der Bedeutung der Taufe zu liegen*“. Die Studiengruppe, deren Arbeitsergebnis sowohl der im November ds. J. tagenden Provinzialsynode der schottischen Episkopalkirche als auch der für September/Oktober erwarteten Konferenz der katholischen Bischöfe Schottlands zur Prüfung vorgelegt werden sollen, wird sich künftig auch mit anderen Themenkreisen befassen (vgl. *NC News Service*, 6. 6. 69). In ein weit fortgeschritteneres Stadium gehört eine Meldung aus Holland. Im Frühjahr 1970 soll in der ostholländischen Grenzprovinz Twente das erste interkonfessionelle „*Regionalkonzil*“ stattfinden. Alle in dieser Provinz vertretenen protestantischen Kirchen und die katholische Kirche haben ihre Teilnahme bereits zugesagt. Dieses Regionalkonzil, das sich das „*Holländische Pastorkonzil*“ zum Vorbild nehmen will, wird sich mit Fragen des Glaubenslebens, mit den Strukturen der Kirche und kirchlichen Gemeinde sowie dem Komplex Evangelium und Leben befassen. Interkonfessionelle Gesprächsgruppen in der ganzen Provinz werden diese Konsultation vorbereiten (vgl. *epd*, 6. 6. 69).

Die 62. Synode der Reformierten Kirche in Frankreich, die vom 7. bis 9. Juni 1969 in einer „Kapelle des Papstes“ bei Avignon tagte, hatte die Aufgabe, die auf der Reformsynode von Royan 1968 vorbereiteten Entscheidungen durchzuführen (vgl. HK 22, 258 f.): die Neugliederung nach zusammengefaßten „Regionen“ und die Annahme „dogmatischer“ Grundsätze für die Union mit den Lutheranern von Frankreich. Beides war gründlich vorbereitet, beide Vorhaben sind vorerst gescheitert, und zwar, wenn man den melancholischen Berichten und Kommentaren in „Réforme“ (24. 5. und 14. 6. 69) glauben darf, an einer traditionellen Bewußtseinsenge der immerhin von französischen Individualisten vertretenen Gemeinden. Obwohl alle wissen und es auf der Synode eigens betont wurde, daß bereits in der Christenheit ein Stadium erreicht ist, wo sich spontan zwischenkonfessionelle Gruppen als Pioniere einer Union bilden. Doch die Delegierten waren — ähnlich der in der Bundesrepublik wachsenden „Bekenntnisgemeinschaft: Kein anderes Evangelium“ (mit ihren römisch-katholischen Varianten) — nicht einmal bereit, sich dem Problem einer Neuformulierung des Glaubens nach den Erkenntnissen biblischer Hermeneutik zu stellen, mit der sich an der Spitze der ökumenischen Pyramide Faith and Order intensiv befaßt. Die verschiedenen Pläne zur Bildung von Regionen wurden unter dem Vorwand abgelehnt, daß dadurch die notwendige Zentralisierung leiden und die Bildung einer Kirchenunion mit den Lutheranern erschwert werde. Und das von *J. Bosc* vorgetragene zweite Thema einer Überprüfung der konfessionellen Fixierungen des 16. Jahrhunderts (für die er sein bereits zitiertes Buch: *Situation de l'Écumenisme en perspective réformée*, Du Cerf, Paris 1969, geschrieben hatte), brachte es nicht zuwege, das Problem der Autorität der Bibel den Delegierten in der neuen biblischen Exegese verständlich zu machen. So endete die Synode mit einer Resolution, die eine sorgfältigere Prüfung der doktrinellen Grundlagen für eine Union forderte. *A. Finet* überschrieb seinen geistvollen Kommentar angesichts der Tagung einer Reformierten Synode in einer „Kapelle des Papstes“ und der Anwesenheit des Papstes in einer nach reformierter Architektur konzipierten Kapelle des Weltrates der Kirchen mit der Bemerkung, man müsse sich damit abfinden, daß auf Erden alles sehr relativ sei, besonders aber in der Kirche.

Das Verhältnis des Lutherischen Weltbundes (LWB) zur römisch-katholischen Kirche hat seit dem Dritten Glaubensgespräch von Nemi (4.—8. 5. 69; vgl. HK 23, 245) über „Das Evangelium und die Kirche“ einen positiven Wendepunkt erreicht. Das ist erkennbar 1. an dem Communiqué, das inzwischen vorliegt (vgl. LWB-Pressedienst, 16. 5. 69) und 2. an dem Besuch einer Delegation des LWB bei den Vatikanischen Behörden und bei Paul VI. (28.—31. 5. 69; vgl. LWB-Pressedienst, 4. 6. 69). Beide Ereignisse stehen im Zeichen der Fünften Vollversammlung des LWB in Porto Allegre (Brasilien) im kommenden Jahr, in deren Vorbereitungen eine enge Fühlung mit der katholischen Hierarchie gesucht und gefunden wurde (vgl. *A. Appel* in LWB-Pressedienst, 23. 4. 69).

Das erwähnte Communiqué über das Gespräch von Nemi erwähnt nicht nur die Hauptreferate von *H. Conzelmann* und *W. Burghardt SJ* sowie von *G. A. Lindbeck* und *E. Schillebeeckx*, die ersteren zum Thema der Kirchenstruktur im NT und in der Patristik, letztere über das kirchliche Amt heute, es wird auch vermerkt, daß die Funktion des Evangeliums als Kriterium der apostolischen Sukzession und der kirchlichen Autorität erkannt wurde und man auf dieser Grundlage nächstes Mal die Frage der Unfehlbarkeit und des Primats angehen werde (vgl. ds. Heft, S. 314), anscheinend ohne lutherische Allergie. Ein Grund dafür ist möglicherweise die von dem Reformierten *R. McAfee Brown* in „Commonweal“ unlängst getroffene Feststellung, angesichts des unbefangenen Widerstandes katholischer Laien und Priester gegen die Verbindlichkeit von „*Humanae vitae*“ sei die Befürchtung gegenstandslos geworden, eine organische Vereinigung mit Rom könnte für die Freiheit des Gewissens gefährlich sein (vgl. „*Journal of Ecumenical Studies*“, Vol. 6, Nr. 1, S. 143). Was

den Besuch der LWB-Delegation in Rom betrifft, so sind die zwischen dem Generalsekretär *A. Appel* und dem Papst gewechselten Ansprachen nicht spektakulär, von seiten des Papstes sogar auf Wahrung der Unterschiede bedacht. Aber daß die Lutheraner hernach außer von Kardinal Willebrands auch von den Kardinälen *Agagianian*, *Garonne* und *Šeper*, jeweils in ihrer Eigenschaft als Präfekten vatikanischer Dikasterien, empfangen wurden und zum Schluß vom neuen Staatssekretär *Villot*, zeigt eine bisher für einen konfessionellen Weltbund einmalige Kontaktaufnahme, die kaum auf die Konferenz von Porto Allegre beschränkt bleiben dürfte.

Schwierigkeiten zwischen den polnischen Jesuiten (etwa 700) und dem Episkopat wurde von vielen Kommentatoren als einer der Hauptgründe genannt, aus denen die Reise des Generaloberen der Jesuiten, *P. Arrupe*, nach Polen in der zweiten Maihälfte erfolgt sei (vgl. „*Informations Catholiques Internationales*“, 1. 6. 69). *E. Andrech* in „*Temoignage Chrétien*“ (29. 5. 69) will jedoch wissen, daß die bereits seit drei Jahren geplante Reise der Vorbereitung einer soziologischen Umfrage gedient habe, die von den Jesuiten durchgeführt werden soll. Nähere Einzelheiten gibt er jedoch nicht an. Tatsache ist freilich, daß die angedeuteten Schwierigkeiten im Rahmen größerer Spannungen zu sehen sind, die seit etwa einem dreiviertel Jahr zwischen der katholischen Intelligenz, vertreten durch die ZNAK-Gruppe und ihre beiden Organe „*Wież*“ und „*Tygodnik Powszechny*“, einer kleineren Anzahl von Priestern, den Jesuiten, Dominikanern und Pallottinern auf der einen Seite und dem polnischen Episkopat auf der anderen Seite bestehen. Grund dieser Spannungen sind Divergenzen in der Beurteilung des gegenwärtigen polnischen Katholizismus sowie in der Durchführung der vom Konzil gewünschten Reformen (Liturgie, Dialog mit Atheisten und Laien, Katechese). Eine „*Table ronde*“ über den Priester in Polen, die bereits im Juli/August 1968 von „*Wież*“ veröffentlicht wurde, stellte eine gewisse „Identitätskrise des Priesters“ und Reserviertheit offizieller kirchlicher Kreise gegenüber der Durchführung der Konzilsbeschlüsse fest. Einer der Teilnehmer, der Dominikanerprovinzial *P. Kasznica*, wurde anschließend aus der Kommission für ökumenische Fragen ausgeschlossen. Durch eine Entscheidung der Bischofskonferenz im Oktober 1968 wurde den Welt- und Ordenspriestern jede Form der Zusammenarbeit mit „*Wież*“ untersagt. Eine Verschärfung der Auseinandersetzung brachte ein Artikel des Chefredakteurs der katholischen Wochenzeitung „*Tygodnik Powszechny*“, *J. Turowicz*, über die Krise in der Kirche, für die er als Ursache die „tragische Kluft“ zwischen der nachkonziliaren Wirklichkeit und den vom Konzil geweckten Hoffnungen nannte. Kardinal *St. Wyszyński* wirft der „liberalen“ katholischen Intelligenz mangelnde theologische Qualifikation sowie ein unzulässiges Messen der Kirche mit politischen Kategorien vor. Dialog erfordere wenigstens „ein bescheidenes theologisches Wissen“. Inzwischen hat ein Gespräch *J. Turowicz'* mit Kardinal *Wyszyński* die Spannung vorerst beigelegt.

In Spanien gehen die Demonstrationen von Priestergruppen und die Priesterverhaftungen weiter. Im bischöflichen Ordinariat von Bilbao schlossen sich am 30. Mai 1969 fünf Priester zu einem Hungerstreik ein, um gegen die „Verletzung der elementarsten Menschenrechte“, namentlich gegen die Folterung politischer Häftlinge und andere Gewaltmaßnahmen seitens staatlicher Stellen, zu protestieren. Die Streikenden wandten sich schriftlich an das Internationale Rote Kreuz (mit der Aufforderung, die Zustände in den Gefängnissen zu untersuchen), an die Vereinten Nationen (damit sie die Gewaltanwendung verurteilen), an das spanische Justizministerium (um die Beseitigung der Gesetze über das „Bandenwesen und den Terrorismus“ und der Sondergerichtsbarkeit zu erreichen) sowie an ihren Bischof (daß er Unterdrückung und Gewalt entschieden verurteile). Aus der spanischen Presse war dazu nichts zu erfahren, allerdings wurde ein Flugblatt der streikenden Priester rasch in ganz Spanien verbreitet. Bischof *J. M. Cirarda Lachi-*

ondo konnte die Priester nicht dazu bewegen, den Streik zu beenden. Am 2. Juni wurden sie dann trotz bischöflichen Einspruchs verhaftet. Bereits am 11. Juni verurteilte ein Militärgericht zwei der angeklagten Priester zu 12 und drei zu 10 Jahren Haft mit der Begründung, sie hätten subversive, tendenziöse und falsche Propaganda betrieben, sich durch diese illegale Propaganda gegen das Heer, die Regierung, die spanischen Gesetze, gegen jede Art von Autorität, schließlich gegen den sozialen Frieden und die Einheit Spaniens aufgelehnt und dadurch den Tatbestand „bewaffneter Rebellion“ erfüllt. — Aus Solidarität mit den baskischen Priestern schlossen sich am 6. Juni in Barcelona sechs (später schied einer aus) Priester wiederum zu einem Hungerstreik ins Diözesanseminar ein, den sie bis zum 11. Juni fortsetzten. Als sie das Seminar verließen, wurden sie von über 200 Priestern erwartet, die sich mit ihnen solidarisierten. Auch hatten sich eine Nacht lang etwa 100 Priester in einer Kirche Barcelonas eingeschlossen, um gegen die staatlichen Maßnahmen zu protestieren. — In Galizien haben 60 Priester gegen den „Mißbrauch von Gottesdienst und Eucharistie zu politischen Zwecken“ protestiert. Anlaß war der 300. Jahrestag der Weihe des damaligen galizischen Königreichs an das Altarsakrament. Zur Feier dieses Tages hatte der Erzbischof von Santiago, Kardinal *F. Quiroga Palacios*, unter Assistenz mehrerer Bischöfe ein Pontifikalamt gefeiert. Während des Opfergangs hatte der spanische Informationsminister, *M. Fraga Iribarne*, stellvertretend für Franco, eine Opfergabe überreicht.

Mit einer mehrstündigen Liturgie gingen am 18. Mai 1969 in Sofia die Feierlichkeiten zum 1100. Todestag des Slawenapostels St. Kyrill († 869 im Rom) zu Ende (öpd, 22. 5. 69), die bereits am 14. Februar dieses Jahres mit einer Konzelebration des Papstes mit verschiedenen Bischöfen aus osteuropäischen Ländern ihren Auftakt genommen hatten. Durch die Teilnahme hoher Vertreter der orthodoxen Kirchen — der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, *Athenagoras*, Metropolit *Nikodim* als Vertreter des Moskauer Patriarchen Alexej und Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, *Hieronymos Kotsonis*, Primas der griechisch-orthodoxen Kirche, sowie Vertreter der orthodoxen Kirchen in Polen, der ČSSR — und einer römisch-katholischen Delegation unter Leitung des Erzbischofs von Reims, *J. B. Maury*, hatte es Patriarch *Kyrill* als Gastgeber verstanden, der Veranstaltung einen betont ökumenischen Akzent zu geben. Diese Bedeutung unterstrich auch der Metropolit *Meliton* von Chalzedon, stellvertretender Vorsitzender des Zentrallausschusses des Ökumenischen Rates in einer Sendung von Radio Sofia wie auch Erzbischof *J. B. Maury* in seiner Rede auf einem Festakt der Akademie der Wissenschaften, in der er u. a. sagte, daß für Kyrill und Method die „Einheit und Einzigkeit der Kirche konkret in der Gemeinschaft unter den Ortskirchen zum Ausdruck kam“ (vgl. „La Croix“, 20. 5. 69). Während der Feierlichkeiten kam es zu Kontakten zwischen Vertretern der orthodoxen Kirchen und Mitgliedern der katholischen Delegation. Gemeinsame Gesprächsbasis war die Konsolidierung des Friedens, Rüstungsstopp, Beendigung der Kriegshandlungen und Ausmerzung der Kriegsursachen sowie die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger. Wie die betonte bulgarische Feierlichkeit dürfte auch die Teilnahme der griechisch-orthodoxen Delegation von nationalen Motiven mitbestimmt gewesen sein, da diese in der Intention der Militärjunta auf die griechische Abstammung von Kyrill und Method hinweisen und der Entspannung mit Bulgarien dienen sollte („Neue Zürcher Zeitung“, 20. 5. 69). Daß von bulgarischer Regierungsseite die beiden Slawenapostel mehr wegen ihrer kulturellen Leistung (als Schöpfer des kyrillischen Alphabets, als „Philosophen“ und große „Humanisten“ sowie als „progressive“ Vorkämpfer der Bibelübersetzung in einer gesprochenen Volkssprache gegen die Verfechter des Hebräischen, Griechischen und Lateinischen) gefeiert wurden, verstand sich von selbst. Dennoch war die Einladung des Patriarchen Kyrill zur Entsendung einer vatikanischen Delegation auch eine kirchenpolitische Geste, die nicht ohne Zustimmung

der Regierung in Sofia wie Moskau erfolgt sein dürfte, deren genauere Einordnung jedoch — über eine Tolerierung ökumenischer Kontakte hinaus — im Augenblick schwierig ist.

Religion als vernachlässigtes Gebiet der Sowjetologie hieß das Thema eines Symposiums, das vom 2. bis 4. Juni 1969 vom Institut zur Erforschung der UdSSR in München sowie vom Centre de Recherches et d'Étude des Institutions Religieuses in Genf gemeinsam veranstaltet wurde. Die in lockerer Form tagende und wohl etwas zu „angelsächsisch“ besetzte Versammlung eines begrenzten Kreises von Fachleuten auf den verschiedenen Gebieten der Sowjetologie hatte zum Ziel, die Bedeutsamkeit der Kenntnis der Religionen und ihrer Lage in der UdSSR für den Sowjetologen, gleich welchen Fachgebietes, aufzuzeigen. Zu diesem Zweck sollten die Beiträge der einzelnen Referenten, die eigentlich nur eine Diskussionsgrundlage bildeten, den Einfluß der Religionen (wie der Theologie) auf die verschiedenen Wissensgebiete (Philosophie, Geschichte, Wirtschaft, Recht, Literatur u. a.) bzw. das jeweilige Verhältnis dieser Gebiete zur Religion herausarbeiten. Dabei kam das vorrevolutionäre Rußland in gleicher Weise zur Sprache wie das nachrevolutionäre. *G. Kline* (Bryn Mawr College, Pennsylvania) untersuchte den Einfluß der orthodoxen Theologie auf sieben russische Denker des 18., 19. und 20. Jahrhunderts, wie er sich in deren ethischen, anthropologischen, kosmologischen, geschichts-, kultur- und sozialphilosophischen Systemen niedergeschlagen hat. Schwieriger war es schon für *J. Miller* (Glasgow), einen empirisch feststellbaren Einfluß der Religion auf die Wirtschaft anzugeben. Er beschränkte sich auf zwei sehr allgemeine Thesen, die auf eine religiöse Grundlage zurückgehen könnten: 1. der offiziell gepflegte Mythos der Produktivität eines zentral gelenkten Wirtschaftssystems; 2. eine gewisse Parallelität marxistisch-leninistischer und orthodox-christlicher Grundgedanken (zyklische Geschichtsauffassung, Annahme eines allgemein verbindlichen ethischen Gesetzes, dem man gehorchen müsse). Über die Situation des Judentums referierte *G. Sosin* (Radio Liberty, München). Diese sei nicht überall gleich. Waren und sind die Juden in der UdSSR im allgemeinen einer stärkeren Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt als andere Religionsgemeinschaften, so gebe es doch noch in zentralasiatischen Gebieten jüdische Gemeinden (Gesamtzahl 22), die noch ein relativ freies religiöses Leben nach ihren Traditionen führen könnten. Die stärkere Diskriminierung der Juden gehe hauptsächlich auf zwei Gründe, einen ideologischen und einen politischen, zurück: Zerschlagung des jüdischen Identitätsbewußtseins (das in seiner ethnischen Komponente durch die Verfolgung noch vertieft wurde), als eines gesellschaftspolitischen Fremdkörpers, der sich einer Gleichschaltung widersetze; Benutzung des „Zionismus“ als willkommenen Sündenbocks. Ein Großteil der „liberalen“ Intelligenz sei jüdischer Herkunft. Auch sei das jüdische Element in der gegenwärtigen „Protestbewegung“ unter den Intellektuellen stark vertreten. Im Gegensatz dazu sei die offizielle Religionspolitik gegenüber dem Islam sehr viel liberaler. Weitere Beiträge behandelten die Rechtsstellung der russisch-orthodoxen Kirche (*D. A. Loeber*, Kiel), religiöse Themen und Motive in der sowjetischen Literatur (*M. Hayward*, Oxford), die antireligiöse Propaganda und atheistische Erziehung (*J. Penmar*, New York), das Verhältnis Religion und Musik (*St. Krebs*, Santa Barbara), die kommunistische Partei als eine Art Staatskirche und die gesellschaftliche Entwicklung, die „Bedrohung“ des Regimes durch das Fortbestehen religiösen Glaubens (*M. G. Field*, Harvard University).

Der Rücktritt von James P. Shannon, Weihbischof von St. Paul und Minneapolis, wurde jetzt bestätigt. Nachdem zunächst widersprüchliche Gerüchte verbreitet worden waren (vgl. „National Catholic Reporter“, 4. 6. 69), stellte Shannon selbst den Sachverhalt klar. Rückblickend nahm die Affäre demnach folgenden Verlauf. Am 23. 9. 68, etwa zwei Monate nach Veröffentlichung von „*Humanae vitae*“, wandte sich Shannon brieflich an den Papst. Er könne nicht glauben, schrieb Shannon,

„daß Gott die Menschen an unerfüllbare Normen bindet“ (Text im „National Catholic Reporter“, 4. 6. 69). Nach seinen Erfahrungen als Priester vermöchten auch gläubige und großherzige Eheleute die strenge Lehre der Enzyklika (Abschnitt 11) nicht zu erfüllen, daß jeder eheliche Akt auf die Weitergabe des Lebens zugeordnet sein müsse. Die Bischofskonferenz der USA habe zwar zugestanden, daß man zu einem gegensätzlichen Standpunkt gelangen könne. Einen Passus in ihrer Verhaltensregel für Dissidenten könne er jedoch nicht nachvollziehen: „Nichtübereinstimmung kann nur in einer Weise zum Ausdruck gebracht werden, die das Gewissen der anderen Gläubigen nicht verwirrt.“ Shannon erklärte sich bereit, die Konsequenzen auf sich zu nehmen, und bat den Papst um Rat und baldige Antwort. Wie NC News Service berichtet (31. 5. 69), hat der Papst durch das Staatssekretariat diesen Brief beantworten lassen. Am 23. 11. 68 bot Shannon Erzbischof *L. Binz* den Rücktritt an. Er habe dies ganz freiwillig und ohne jedes Drängen seitens seiner Vorgesetzten getan, betonte Shannon („National Catholic Reporter“, 18. 6. 69). Nuntius *L. Raimondi* habe ihm dann mehrere Positionen im Ausland angeboten. Da man ihm aber nur einen bezahlten Wohnsitz außerhalb der USA anbieten, aber keine pastorale Verantwortung übertragen wollte, habe er schließlich abgelehnt (NC News Service, 11. 6. 69). Bischof Shannon hatte sich durch sein Engagement für die Gleichberechtigung der Farbigen und gegen den Vietnamkrieg bereits mehrfach exponiert. Shannon hat inzwischen wiederum eine Lehrtätigkeit übernommen, und zwar am St. John's College in Santa Fe. Er erklärte, er wolle keine Protestbewegung anführen: „Die Kirche ist meine Mutter und meine geistige Heimat.“ Gegen seinen Wunsch haben sich Protestmärsche zum Zweck seiner Wiedereinsetzung konstituiert (NC News Service, 11. 6. 69). Durch Unterschriftensammlungen und Zeitungsinserate wird gegenwärtig gefordert, Shannon eine „verantwortungsvolle“ Stellung in der US-amerikanischen Hierarchie zu übertragen.

Vom 3. bis 5. Juni fand bei Caracas (Venezuela) das **IV. Interamerikanische Bischofstreffen** statt. Insgesamt 40 Teilnehmer, das Präsidium des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM), einzelne Vertreter nationaler Bischofskonferenzen und die Repräsentanten des US-amerikanischen Episkopats berieten über Probleme kirchlicher Zusammenarbeit zwischen Süd- und Nordamerika (Noticias Aliadas, 4. 6. 69). Die Richtlinien der Bischofsversammlung von Medellín (vgl. HK 22, 491) als Basis für die Erneuerung Lateinamerikas stellten den ersten Tagungspunkt. Problemgeladener waren die beiden übrigen. Die lateinamerikanischen Bischöfe forderten die Katholiken Nordamerikas auf, ihren Einfluß gegen einseitige politische und wirtschaftliche Interessen und für internationale Gerechtigkeit geltend zu machen. Lateinamerika sei „ein Vulkan kurz vor dem Ausbruch“, und die Kirche werde durch diesen Ausbruch in ihrer Existenz bedroht, hieß es in einer Vorlage der venezolanischen Kommission *Iustitia et Pax* (vgl. NC News Service, 7. und 9. 6. 69). Die „Allianz für den Fortschritt“ wird darin analysiert, mit dem Ergebnis, daß die Hilfeleistung bislang nur zur Bereicherung der Geber geführt habe. Ebenso heikel war der dritte Punkt: personelle Hilfe für die Kirche Lateinamerikas (vgl. HK 21, 166). Beide Seiten gaben sich optimistisch. Von den 5500 US-amerikanischen Geistlichen und Laien im Dienste der Kirche Mittel- und Südamerikas leisteten die meisten vorbildliche Arbeit. Nur in einigen wenigen Fällen seien „koloniale“ Mentalität und „oberflächlicher“ Einsatz zu beklagen. Beschlossen wurde eine dreistufige Ausbildung für alle zum Einsatz in Lateinamerika bestimmten kirchlichen Kräfte: 1. sprachliche und allgemein kulturelle Ausbildung in Washington; 2. Einübung in die pastoralen Probleme Lateinamerikas an einem Institut in México City, das gegenwärtig errichtet wird (wohl auch als Ersatz für CIDOC zu verstehen, vgl. HK 23, 115); 3. Kurse in einem Ausbildungszentrum des Einsatzlandes zur Integration in örtliche Verhältnisse und Bevölkerung (Noticias Aliadas, 14. 6. 69).

Bücher

Die Funktion der Theologie in Kirche und Gesellschaft. Herausgegeben von Paul Neuenzeit. Kösel-Verlag, München 1969. 408 Seiten, Lw. 32.— DM, Paperback 19.80 DM.

„Beiträge zu einer notwendigen Diskussion“ nennt der Herausgeber diese kontrastreiche Mischung von disparaten Standpunkten und beklagt es, daß sich die Vertreter der mittleren Richtung entzogen haben. Immerhin ist es gelungen, für die tatsächlich notwendige Diskussion 25 typische Sprecher aus dem evangelischen wie aus dem katholischen Lager zusammenzustellen, in alphabetischer Reihenfolge, beginnend mit dem evangelischen Theologen *R. Affemann*, der von der Tiefenpsychologie und Psychopharmakologie eine Auflösung des Scheinglaubens der Christen erwartet, bis zu der Katakomben-Jeremiade des greisen Malers *R. Seewald*, dem die moderne gesellschaftskritische Theologie ein Ärgernis ist. Dazwischen findet man Namen der Avantgarde: *J. Blank* mit seinen Thesen zu Tradition und Lehramt, *F. Böckle*, der aufgrund biblischer Hermeneutik in Fragen der Sexualmoral vom Lehramt nur noch die besseren Argumente erwartet, bis zu *N. Greinacher* und *H. Halbfas*, der seine revidierte Position einer eben noch „kirchlichen Theologie“ nach „Publik“ (7. 2. 69) wieder zur radikalen Vorordnung der freien Wissenschaft vor das Lehramt zurücknimmt. Seine Linie der Kritik an der Verleugnung der Wirklichkeit durch das Lehramt wird von *P. Matussek* aus der Sicht des Psychologen noch verschärft, so daß *P. Schoonenbergs* „Theologie als kritische Prophetie“ demgegenüber milde und weise wirkt. Die Beiträge der protestantischen Autoren wartieren gleichsam die hochexplosive Mischung, von *H. Gollwitzers* Beitrag „Die Revolution des Reiches Gottes und die Gesellschaft“ einmal abgesehen. Es ist fast eine Wohltat, wenn der allzu konservative *G. May* in diesem erregten

Chor daran erinnert, daß die Theologie Glauben erfordert und zum Glauben führen soll, und er zum Schutz eines echten Pluralismus die Vorherrschaft einer einzigen „progressiven“ Schule an Universitäten, Verlagen und Massenmedien eingeschränkt sehen möchte, auch wenn er die Vorherrschaft übertreibt und sich Differenzierungen erspart. Andere Stimmen wie die von *H. Bolewski* und *H. Fischer-Barnikol* sind voller Resignation über die Leichenstarre an den Fakultäten und Liebäugeln mit einem Ausbruch in freie Akademien. Dem evangelischen Autor *H. Geißer* wurde die kritische Deutung der Sendung Papst Pauls VI. aufgetragen, und er hat — mit Respekt gesagt — den heiklen Auftrag exakt und würdig erfüllt. Die Kirche wird von diesen die Breite und Wirklichkeit der theologischen Diskussion repräsentierenden Beiträgen Nutzen ziehen, aber die letztlich gemeinte Gesellschaft, deren Aufmerksamkeit man durch die Heranziehung von *M. Horkheimer* zu interessieren hofft, wird ziemlich unberührt bleiben oder mit der Treffsicherheit des Feindes sagen: da lebt noch ein Rest klerikaler Herrschaft, wie der „Spiegel“ in seiner Titelseite zur „Bedrängnis des Papstes“ (28. 4. 69) urteilte. Wie auch immer, die Diskussion muß durchgeführt werden. Es ist ein Verdienst, daß die Herausgeber dazu helfen. Aber das Ergebnis könnte anders ausfallen, als es die Theologen sich denken.

WILHELM BITTER (Hrsg.), Verbrechen — Schuld oder Schicksal? Zur Reform des Strafwesens. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1969, 265 Seiten, DM 18,50.

In seinem Geleitwort zu dem als Tagungsbericht der Stuttgarter Gemeinschaft „Arzt und Seelsorger“ herausgegebenen Werk betont der damalige Bundesjustizminister *G. Heinemann*